



Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Ausschusses für Klimaschutz und Energie
Bundesminister a.D.

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Dorotheenstr. 100, Zi. 6. 105
☎ (030) 227 - 77 49 3
📠 (030) 227 - 76 04 0
✉ hans-peter.friedrich@bundestag.de

Dr. Hans-Peter Friedrich MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Wahlkreis

Schützenstraße 1
95028 Hof
☎ (09281) 77 56 7
📠 (09281) 18 33 0
✉ hans-peter.friedrich.wk@bundestag.de

Berlin, den 8. Dezember 2022

Ein Jahr Ampel-Regierung

Die Ampel versagt bei ihrem Krisenmanagement auf ganzer Linie. Sie reagiert meist zu spät, wählt die falschen Instrumente und verärgert unsere internationalen Partner und Freunde. Inhaltliche Erfolge sind bislang ausgeblieben.

1) Energiepolitik

● Auf die Verknappung des Energieangebots muss mit einer Erweiterung der Kapazitäten reagiert werden. Die Ampel machte das Gegenteil:

- ideologisch motivierter Ausstieg aus der Kernenergie
- trotz großen Potentials keine Nutzung der in Deutschland umfangreich vorhandenen Energiereserven (Öl, Fracking-Gas)
- massiver Widerstand gegen Wasserkraft und Biogas konnte von der Union durchbrochen werden

● Entlastungen kamen zu spät – die Union hat bereits im Mai angemahnt, zu handeln. Als die Entlastungen kamen, waren sie unübersichtlich, unklar geregelt, zu bürokratisch und haben für mehr Verunsicherung gesorgt als für Klarheit und Planungssicherheit:

- Energiekostenpauschale: Studenten und Rentner wurden anfangs vergessen.
- Gasumlage musste zurückgenommen werden
- Chaos um Strom- und Gaspreisbremse; die Gaspreisbremse hätte schon zum Beginn der Heizperiode und die Strompreisbremse zu Beginn des Herbsts starten müssen und nicht erst ab März mit Rückwirkung zum 1. Januar
- vergessen wurden die Verbraucher, die mit Öl und Pellets heizen

- was der Energiepolitik der Ampel fehlt:
 - Technologieoffenheit,
 - Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und zwar nicht nur bei LNG-Terminals, sondern im gesamten Energiebereich
- Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale muss endlich kommen; sie ist verkehrlich wie ökologisch gewünscht und notwendig; der neue Verkehrsminister priorisiert das „Hochleistungsnetz“ – damit werden die Nebenlinien und damit der ländliche Raum vernachlässigt

2) Wirtschaftspolitik und Wettbewerbsfähigkeit

- Energiekosten sind im internationalen Vergleich zu hoch – Gaspreise sind in Deutschland zehnmal so hoch wie in den USA
- die so notwendige Unternehmenssteuerreform bleibt aus, stattdessen wird über Steuererhöhungen diskutiert
- wir haben derzeit etwa 1,9 Millionen offene Stellen in Deutschland und die Koalition will die Sanktionen für ALG2-Empfänger abschaffen; erst auf Druck der Union ist die Wende beim Bürgergeld gelungen
- Entlastungspakete für Mittelstand und Handwerk zu gering

3) Haushalt 2023

- die Schuldenbremse wird für 2023 nur formell eingehalten; tatsächlich hat die Ampel aber im Laufe des Jahres 2022 in verschiedenen Sondervermögen Mittel in dreistelliger Milliardenhöhe geparkt, die ohne Anrechnung auf die Schuldenbremse in den Jahren 2023ff. ausgegeben werden sollen → Schaffung von Schattenhaushalten
- Rekordverschuldung, wobei teilweise unklar ist, wofür das Geld in Zukunft verwendet werden soll – intransparent und widerspricht allen Haushaltsregeln
- Die mit dieser Verschuldung einhergehenden explodierenden Zins- und Tilgungslasten gehen klar zu Lasten zukünftiger Generationen; 2021 hat der Bund knapp vier Milliarden Euro Zinsen gezahlt, für 2023 werden es über 40 Milliarden sein – Ende offen
- keine Prioritätensetzung

4) Bundeswehr und Verteidigungsfähigkeit

- von den 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr ist bisher noch kaum etwas abgeflossen
- das Beschaffungswesen der Bundeswehr funktioniert nicht; die Bundesverteidigungsministerin hat es versäumt, neue Strukturen zu schaffen und die Prozesse zu straffen

5) Außenwirkung in Europa

- Unsere europäischen Partner zeigen sich enttäuscht vom deutschen Bundeskanzler. Alleingänge, wie das 200 Milliarden Euro Paket oder die China-Reise ohne europäische Abstimmung machen Deutschland zum Außenseiter.
- Die Beziehungen zu Frankreich sind angespannt wie nie zu vor, gerade jetzt, wo europäische Solidarität in der Verteidigungs-, Außen- und Energiepolitik gefordert ist.

6) Konkurrenz und Streit in der Ampelregierung

- Autobahnblockaden
- Gasumlage
- Kernenergie
- China-Politik und
- Waffenlieferungen.